

14,6%), 32% aus Hongkong (6,9407 Mio., ein Plus von 23,6%). 5,9 Mio. (+11%) Festlandchinesen nutzten das FIT-(Facilitated Individual Travel-)System. Mit der Eröffnung von sechs neuen Hotels im Jahr 2006 stieg die Bettenzahl um 20% auf 12.978.

Ein neuer Tourismusmagnet ist Stanley Hos neues Kasino Grand Lisboa. Das 5 Mrd. HKD teure Kasinohotel, das am 11. Februar in Anwesenheit von Regierungschef Edmund Ho eröffnete, ist Stanley Hos Antwort auf die Konkurrenz aus dem Ausland, die ihm immer mehr Marktanteile entreißt. Im Januar 2007 sank der Anteil von Stanley Hos SJM an den Glücksspielen in Macau auf 46% (zum Vergleich: im Januar 2006 waren es über 70%). Hos neues Flaggschiff liegt gegenüber dem 37 Jahre alten Casino Lisboa. Das neue Kasino erinnert an ein riesiges Faberge-Ei. Der 47-stöckige, 258 m hohe Hotelurm, der wie eine Lotusblume geformt ist, ist noch im Bau. Es wird nach dem Macau Tower Macaus zweithöchstes Gebäude. Das Grand Lisboa beschäftigt 3.000 Angestellte.

Nun ist es amtlich: Macau hat den Las Vegas Strip überholt. Nach am 3. April 2007 veröffentlichten offiziellen Zahlen betragen die Einnahmen der 24 Kasinos im Jahr 2006 56,2 Mrd. MOP (7,2 Mrd. USD), während die ca. 40 Kasinos auf dem Strip Einnahmen von 6,6 Mrd. USD verbuchten. Brachten auf dem Strip die Automaten 51% der Einnahmen, steuerte in Macau das VIP-Bakkarat, das Lieblingsspiel der High Rollers vom Festland, 65% bei. Ende 2006 gab es 36.412 bezahlte Beschäftigte in der Glücksspielindustrie, eine Zunahme um 39,4% im Vergleich zu 2005. Der durchschnittliche Verdienst der Voll-

zeitbeschäftigten stieg gegenüber 2005 um 24% auf 13.978 MOP. (SCMP, 12.2.07; www.afp.com, 3.4.07; www.gcs.gov.mo, 28., 29.3.07)

## Taiwan

Hans-Wilm Schütte

### KMT wählt neuen Vorsitzenden

In einer Urwahl bestimmte Taiwans große Oppositionspartei KMT am 7. April Wu Poh-hsiung (Wu Boxiong) zu ihrem neuen Vorsitzenden. Erwartungsgemäß hatte er keine Probleme, sich gegen die einzige Mitbewerberin Hung Hsiu-chu (Hong Xiuzhu) durchzusetzen. Auf Wu entfielen 156.499 oder 87% der abgegebenen 181.374 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 54%.

Die einst allein regierende KMT konnte somit die Führungskrise, in die sie im Februar durch den Rücktritt von Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) geraten war, nach rund zwei Monaten bewältigen. Wu hatte die Partei nach Mas Rücktritt bereits interimistisch geführt. (Vgl. C.a., 2/2007, S.156-158)

Wu, Jahrgang 1939, wurde in Taiwan geboren. Aufgrund seines Alters hat er seine politische Laufbahn im Wesentlichen hinter sich. In der gegenwärtigen Phase, in der sich die Partei bereits auf die nächsten großen Wahlen vorbereitet – die Parlamentswahl im Dezember 2007, die Präsidentschaftswahl im März 2008 –, wird Wu jedoch dank der breiten Unterstützung, die er genießt, eine wichtige Funktion zukommen. Insbesondere wird von ihm erwar-

tet, dass er die Animositäten zwischen Parlamentspräsident Wang Jyn-ping (Wang Jinping) und Präsidentschaftskandidat Ma Ying-jeou, beide politische Schwergewichte in der Partei, ausräumen hilft. Er selbst erklärte es zu seiner Hauptaufgabe, die Partei hinter sich zu einen.

Wu verfügt über reiche politische Erfahrung. Seit dem Jahr 1976 ist er Mitglied des Zentralkomitees des KMT, und seit dem Jahr 1986 hat er einen Sitz in dessen ständigem Ausschuss inne. Im Jahr 2000 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Wu bekleidete auch wichtige öffentliche Ämter. Unter anderem war er Bürgermeister von Taipeh und zweimal Innenminister.

Wu ist gläubiger Buddhist und gilt als kompromissorientiert. Damit eignet er sich nicht nur gut für die anstehenden innerparteilichen Führungsaufgaben, sondern passt auch in die vom vorherigen Vorsitzenden Lien Chan (Lian Zhan) angestoßene Politik der Kontaktpflege mit der Kommunistischen Partei Chinas und mit der Staatsführung in Beijing. Während Ma gegenüber der KP klare Grenzen zog und während seiner Amtszeit China nicht besuchte, wird Wu der anderen Seite ein genehmerer Gesprächspartner sein. Wu kündigte bereits für Ende April eine Reise aufs Festland an; diese kam allerdings nicht zustande.

Wu kündigte an, bis zur nächsten regulären Neuwahl des Parteivorsitzenden im Jahr 2009 im Amt bleiben zu wollen; dies werde, wie er betonte, sein letzter Posten sein. (CNAT, nach BBC PF, 7.4.07; SCMP, 8.7.07; TT, 8., 9., 10.4.07)

## DPP und KMT küren ihre Präsidentschaftskandidaten

Seit Anfang Mai steht bei beiden großen Parteien fest, wer für sie ins Rennen um die nächste Präsidentschaft gehen wird: Es sind Frank Hsieh (Xie Changting) für die DPP und Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) für die KMT. Bei letzterem steht zwar die Bestätigung durch den nächsten Parteitag noch aus, doch gilt dies auch mangels Gegenkandidaten als reine Formsache. Das Volk wird dann im März 2008 den Nachfolger von Präsident Chen Shui-bian bestimmen.

In der DPP hatten sich vier Personen um die Kandidatur beworben: der (damalige) Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang), der DPP-Vorsitzende und frühere Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun), Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) und eben Frank Hsieh, zuvor Bürgermeister von Kaohsiung und später ebenfalls Ministerpräsident. Nachdem es Präsident Chen nicht gelungen war, die Bewerber zur Einigung auf einen Kandidaten zu bewegen, hatte man sich auf ein zweistufiges Auswahlverfahren geeinigt: zunächst eine Abstimmung unter den DPP-Mitgliedern, danach eine öffentliche Umfrage. (Vgl. C.a., 2/2007, S.160f.)

In den zwei Monaten, die folgten, hatten die Bewerber Zeit, sich zu profilieren und taten dies auch mit dem vorhersehbareren Schaden für sich selbst und für ihre Partei: Sie fingen an, einander anzugreifen und sich wechselseitig mangelnder Kompetenz zu beschuldigen. Besonders Su und Hsieh warfen sich wechselseitig Führungsschwäche und mangelnde Reformen in ihren jeweiligen Amtszeiten als Regierungs-



chef vor. Präsident Chen forderte die Kontrahenten zwar mehrfach auf, diese Angriffe einzustellen, doch ohne Erfolg. Zu der Situation trug die Tatsache bei, dass sich die Bewerber zweimal in Fernsehdebatten gegenüberstanden.

Nachdem allgemein ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Su und Hsieh erwartet worden war, gab es am 6. Mai jedoch mit Frank Hsieh einen überraschend klaren Sieger: von 140.720 gültigen Stimmen (Wahlbeteiligung: 56%) entfielen knapp 44,7% auf ihn, Su Tseng-chang als zweitplatzierte erreichte 33,4%. Yu kam auf 15,8%, Lü auf 6,2%. Da Su nach Bekanntwerden des Ergebnisses seine Kandidatur zurückzog und Yu ihm folgte, schlug die DPP vor, den zweiten Teil des Auswahlverfahrens zu streichen – was dann mit Zustimmung der Beteiligten auch geschah.

Manche Beobachter meinten, dass haltlose Angriffe gegen Hsieh – er wurde kurz vor der Wahl der Bestechlichkeit bezichtigt – zu einem Sympathiegewinn für ihn führten. Ob eine solche Trotzreaktion der Parteimitglieder zusammen mit einigen anderen wenig greifbaren Faktoren Hsiehs unerwartet großen Stimmenvorsprung bewirkte, sei dahingestellt. Auffällig ist jedoch, wie deutlich Yu und Lü als Vertreter eines dezidiert taiwannationalistischen Flügels scheiterten. So wurde die Entscheidung praktisch zwischen Hsieh und Su ausgemacht, die beide gegenüber China wie auch gegenüber der Opposition eine eher pragmatische Linie verfolgen.

Mit Frank Hsieh entschied sich die DPP zweifellos für den Kandidaten, der Ma Ying-jeou am ehesten Paroli bieten kann. Obwohl mit seinen 61 Jahren etwas

älter als sein Gegenspieler, macht Hsieh unter den namhaften DPP-Politikern seiner Generation den frischesten Eindruck. Wie schon Präsident Chen ist er von Beruf Rechtsanwalt. Der gebürtige Taiwaner konnte als Politiker sowohl in der Kommunalpolitik wie in der Staatsführung Erfahrung sammeln. Als er im Dezember 2006 für das Bürgermeisteramt von Taipeh kandidierte, erzielte er mit 41% der Stimmen zwar ein besseres Ergebnis als der DPP-Kandidat vier Jahre zuvor – eine ausreichende Fähigkeit, Stimmen aus dem oppositionellen „blauen“ Lager zu gewinnen, bewies er damit jedoch nicht.

Auf Seiten der KMT bestimmte der Ständige Ausschuss des Zentralkomitees Ma Ying-jeou am 2. Mai zum Präsidentschaftskandidaten. Bereits einen Monat zuvor hatte Parlamentspräsident Wang Jinyong (Wang Jinping) bekundet, nicht gegen Ma antreten zu wollen, da das Auswahlverfahren seiner Ansicht nach unfair sei. Allerdings wäre er wohl so oder so ohne Chance gewesen, zum KMT-Kandidaten gekürt zu werden.

Ob Hsieh oder Ma bei der Wahl im März 2008 siegen werden, ist derzeit völlig ungewiss. Insgesamt lassen die Signale eher einen Machtwechsel erwarten und noch im Januar schien jeder DPP-Kandidat gegen Ma nahezu chancenlos zu sein. Unterdessen allerdings hat sich Ma vor Gericht wegen Veruntreuung von Staatsgeldern zu verantworten (vgl. C.a., 2/2007, S.157 sowie separate Dokumentation in diesem Heft). Der Ausgang dieses Verfahrens könnte letztlich entscheidend sein; allerdings erzielte Ma bei Umfragen Anfang Mai trotz des Gerichtsverfahrens immer noch deutlich

höhere Zustimmungswerte als der frisch nominierte Hsieh. Dieser steht zudem vor der Aufgabe, die Risse in der DPP wieder zu kitten, die der unkluge innerparteiliche Wahlkampfzwist herbeigeführt hat.

So oder so wird die Ära Chen Shui-bian zuende gehen, denn Hsieh wie auch Ma verfolgen eine Politik des Ausgleichs, so dass bei beiden die Chance besteht, die von Chen über die Jahre seiner Amtszeit stets weiter aufgerissene Kluft zwischen den verfeindeten politischen Lagern wieder zu schmälern. Auch gegenüber China setzen beide Kandidaten auf mehr Annäherung – eine Linie, die zu verfolgen Ma jedoch leichter fallen wird als Hsieh, muss dieser doch auf die Anhänger und Wähler der DPP Rücksicht nehmen, von denen viele jede Öffnung gegenüber China vehement ablehnen. (SCMP, 3., 14.4., 3., 7., 8.5.07; WSJ, 20.4., 2., 3., 8., 10.5.07; ST, 3., 5., 8., 9.5.07; TT, 7., 8., 9.5.07; FT, 8.5.07; NZZ, 8.5.07)

### **Santa Lucia nimmt diplomatische Beziehungen mit Taiwan auf**

Außenpolitischer Erfolg für Taiwan: Anfang Mai konnte die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Saint Lucia bekanntgegeben werden, nachdem diese bereits in den Jahren von 1984 bis 1997 bestanden hatten. Da immer mehr von Taiwans einstigen Verbündeten die VR China anerkennen und damit deren Ein-China-Doktrin übernehmen müssen, hatte sich die Zahl der bei Taiwan verbliebenen Staaten auf zuletzt 24 reduziert. Nunmehr pflegen also wieder 25 Staaten diplomatische Beziehungen zur „Republik China“.

Abgesehen von einem geringen Presti-

gewert für Taiwan ist eine praktische Relevanz des Bündnisses nicht zu erkennen. St. Lucia ist ein karibischer Kleinstaat von lediglich 168.000 Einwohnern.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen rührt von einem Regierungswechsel in St. Lucia her. Der neue Premierminister John Compton ist ein alter Freund Taiwans. (WSJ, 2.5.07; CNAT, nach BBC PF, 1.5.07; TT, 2.5.07; Taiwan Journal 17/2007, S.1)

### **Tourismusgespräche stocken**

Die im Frühsommer 2006 aufgenommenen Gespräche zwischen Vertretern Taiwans und des Festlandes, die eine Direkteinreise VR-chinesischer Touristen nach Taiwan ermöglichen sollen, sind nun doch ins Stocken geraten. Die Phase zunehmenden Pragmatismus im wechselseitigen Verhältnis, in der letzten Sommer beispielsweise liberalere Regelungen im Luftverkehr beschlossen werden konnten, erwies sich offenbar als nicht so anhaltend und tragkräftig wie erwartet.

Der neue Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen (Dalu Wei-yuanhui, MAC), Chen Ming-tong, erklärte dazu Anfang Mai, die Gegenseite – also die VR China – baue neue Hindernisse auf und schiebe Forderungen nach. Vor allem geht es dabei um die Frage, ob Reisen von VR-Bürgern nach Taiwan inländischer Natur oder Auslandsreisen seien. In Beijing wurde explizit ausgeschlossen, dass es sich um Fahrten von Nation zu Nation handeln könne. Zwar scheint die taiwanische Seite nicht auf einer solchen Charakterisierung zu bestehen, aber eine auch nur implizite Charakterisierung als Inlandsreisen ist für sie keineswegs akzeptabel. Wie Chen Ming-tong erklärte,



bezeichneten die festländischen Vertreter Taiwan bei der neuesten Verhandlungsrunde entgegen den Gepflogenheiten als „China Taipei“ (Zhongguo Taipei), während international – z.B. im Sport – „Chinese Taipei“ (Zhonghua Taipei) üblich ist, eine Benennung, die wohl auch bei den bisherigen Verhandlungen praktiziert wurde.

Da es zuvor möglich war, zu Luftverkehrsregelungen zu kommen, scheint dieses neue politerminologische Hemmnis nur vorgeschoben zu sein. Denn es ist klar, dass die zahlreichen Restriktionen und Vorschriften, die sich Taiwan zur Regelung des VR-chinesischen Taiwan-Tourismus ausgedacht hat, der Gegenseite ein Ärgernis sein müssen. So sollen die taiwanischen Reiseveranstalter pro festländischem Reiseteilnehmer mindestens 80 USD pro Tag im Land ausgeben; zudem haben sie pro Reisegast, der sich von der Gruppe entfernt und illegal im Land bleibt, 200.000 TWD Strafe zu zahlen. Weitere Regelungen kommen hinzu, die die festländische Seite als demütigend empfinden muss. Nachdem die Verhandlungen nun ins Stocken geraten sind, wird es schwer fallen, sie wieder flott zu bekommen, vor allem, wenn nun eine Phase gegenseitiger Schuldzuweisungen beginnt. Damit könnte sich der Beginn des chinesischen Taiwan-Tourismus bis nach den nächsten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008 verzögern. (TT, 1.5.07; ST, 2.5.07; 10.5.07)

### Konflikte wegen Olympia 2008

Wird das olympische Feuer im Sommer 2008 über Taiwan getragen? Zunächst wurde es so beschlossen. Dann aber gewannen Statusfragen eine immer größere Bedeu-

tung, so dass Taiwan nun ohne olympischen Fackellauf bleiben wird. Schlimmer noch: Die Statusfragen drohen die Teilnahme taiwanischer Sportler an den Spielen zu gefährden, und Taiwan isoliert sich selbst.

Noch im März hatte das Olympische Komitee von „Chinese Taipei“ – also Taiwan – schriftlich zugestimmt, dass das olympische Feuer die Insel aus Vietnam erreichen und dann nach Hongkong weitergehen würde. So hatte es der Leiter des taiwanischen Olympischen Komitees in Beijing ausgehandelt. In Taiwan stimmte der zuständige Rat für Festlandsfragen (MAC) zu, vorausgesetzt, Taiwans Status werde nicht verletzt. Beide Seiten hatten sich jedoch schriftlich verpflichtet, die anerkannten Regeln einzuhalten. Dann aber wurde die Route in chinesischen Medien so dargestellt, als erreiche das Feuer auf Taiwan erstmals chinesischen Boden. In dieselbe Richtung wies auch die Wortwahl auf festlandchinesischer Seite, wo nicht mehr von Zhonghua Taipei – englisch: Chinese Taipei – die Rede war, sondern per „Zhongguo Taipei“ (China Taipei) sozusagen eine verbale Eingemeindung versucht wurde. Nun verlangte Taiwan eine Änderung der Route: Die Fackel solle die Insel von einem Drittland aus erreichen und an ein Drittland weitergehen. Präsident Chen Shui-bian schlug in Anlehnung an die zu den Olympischen Spielen 1964 in Tokyo gewählte Lösung die Strecke Philippinen – Taiwan – Japan oder alternativ Nordkorea – Taiwan – Vietnam vor. Damit war Taiwan aber gleich ganz aus dem Spiel, denn Verlauf und Zeitplan waren mit dem Internationalen Olympischen Komitee und den anderen beteiligten Nationen bereits abgestimmt worden.

Der Streit um „Chinese Taipei“ bzw. „China Taipei“ geht unterdessen weiter. Offiziell wird es sicher bei dem eingeführten Begriff bleiben, unter dem Taiwans Athleten bislang problemlos an den Spielen teilnehmen konnten. Andererseits wird sich nicht verhindern lassen, dass die VR-chinesischen Medien „Zhongguo Taipei“ schreiben. Die Frage wird dann sein, ob die taiwanische Seite diese Nadelstiche ignorieren wird, um trotzdem in Beijing präsent zu sein. Einer vom Rat für Festlandsfragen in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage zufolge finden übrigens 64% der befragten Taiwaner sowohl die Benennung „China Taipei“ als auch die Bezeichnung Taiwans als erste chinesische Station des Fackellaufs nicht akzeptabel.

Dem eigenen Olympischen Komitee erwies Taiwans Regierung jedenfalls keinen guten Dienst, indem sie es desavouierte. Der Komiteevorsitzende Tsai Chenwei (Cai Chenwei) hatte danach die peinliche Aufgabe, ein bereits geschlossenes Abkommen für gegenstandslos erklären zu müssen. Man hätte sich eine konsequentere Trennung von Sport und Politik und ein weniger ehrpusseliges Verhalten der taiwanischen Regierung vorstellen können. Mit dem an den Tag gelegten Verhalten trägt Taiwan jedenfalls zur Selbstisolierung bei. (CNAT, nach BBC PF, 22.4., 21.5.07; ST, 27.4., 7.5.07; SCMP, 28.4.07; Xinhua, 28.4.07, nach <http://english.cri.cn/2886/2007/04/28/195@221404.htm>; TT, 28.4., 9.5.07)

### Umbenennungsposse in Taipeh

Im Zuge der Neubewertung des einstigen Präsidenten und Diktators Chiang Kai-

shek (Jiang Jieshi), der den historischen Tatsachen und demokratischen Werten entsprechend nun nicht mehr als Nationalheld verehrt werden soll, musste irgendwann die Frage auftauchen, was mit seiner monumentalen Gedenkstätte zu geschehen hat, die mitten in Taipeh eine Fläche von 25 ha belegt. Die Regierung beschloss nun Anfang Mai eine Umbenennung der von 1976 bis 1980 erbauten Anlage: Aus der „Chiang-Kai-shek-Gedenkhalle“ (Zhongzheng Jinianguan) solle eine „Gedenkhalle der taiwanischen Demokratie“ (Taiwan Minzhu Jinianguan) werden. Gleichzeitig wurde die Verwaltung dem Erziehungsministerium unterstellt. Ob auch die aus Bronze gegossene Monumentalfigur des Diktators wie zuvor inselweit schon andere Statuen und zahllose Bilder des „Generalissimus“ entfernt werden soll, wurde zunächst nicht entschieden.

Das Vorhaben löste bei der Nationalen Volkspartei KMT, deren Vorsitzender Chiang einst war, und bei deren Anhängern Empörung aus. Namentlich Taipehs Bürgermeister Hau Lung-bin (Hao Longbin) protestierte: Die Regierung habe nicht das Recht, eigenmächtig eine Umbenennung zu beschließen; dies falle in die Zuständigkeit der Stadt, und um die ursprünglichen Statuten zu ändern, die die Verwaltung der Anlage regeln, müsste das Parlament eingeschaltet werden. Außerdem werde die Stadt keineswegs irgendwelche Anpassungen vornehmen, beispielsweise beim Namen der betreffenden U-Bahn-Station.

Gleichwohl nahm Präsident Chen die Umbenennung am 19. Mai offiziell vor. Zuvor war es zwischen Gegnern und Be-



fürwortern der Umwidmung zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen.

Hau Lung-bin reagierte nun seinerseits mit einer Umbenennung: Der Abschnitt des Ketagalan-Boulevards, der sich direkt vor dem Präsidentenpalast befindet und diesem seine Adresse gibt, solle fortan „Platz der korruptionsfreien Demokratie“ (Fantanwu Minzhu Guangchang) heißen – in Anspielung auf die Staatsgelder, die der Präsident nach Überzeugung der Opposition veruntreut hat. (Vgl. C.a. 6/2006, S.150-152)

Der düpierte Staatschef erhielt Ende Mai unerwartet Schützenhilfe von Ureinwohnern – zu deren Ehren der Ketagalan-Boulevard seinen nichtchinesischen Namen erhalten hatte. Eine Gruppe von ihnen protestierte vor dem Taipeher Rathaus und nötigte Hau Lung-bin zu einem Rückzieher. Geplant sei nicht die Umbenennung der Straße, korrigierte sich der Bürgermeister, vielmehr solle der vor dem Präsidentenpalast gelegene Abschnitt nur eine Zusatzbezeichnung erhalten.

Der nunmehr verstärkt geforderte Abschied von der Verehrung eines Gewaltherrschers ist zweifellos überfällig. Gleichwohl schüren Präsident und Regierung mit ihren Aktionen einmal mehr die Feindschaft zwischen den politischen Lagern. In der gegenwärtigen Situation, in der sich Regierung und Parlament gegenseitig blockieren und das Land lähmen, ist die Streiterei um Symbole überflüssig und schädlich – und dokumentiert ungewollt erneut, einen wie weiten Weg Taiwan bei der Bewältigung seiner Vergangenheit und hin zu einem nationalen und demokratischen Grundkonsens noch zurückzulegen hat. Vor allem betrifft

dies die Opposition, die einer Aufarbeitung ihrer schmutzigen Geschichte nach wie vor lieber aus dem Weg geht.

Chiang Kai-shek verspielte mit seiner korrupten Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg China an die Kommunistische Partei. Er trägt Mitschuld an dem Massaker, dem am 28.2.1947 Tausende von Taiwanern zum Opfer fielen, und dies war nicht das einzige Blutbad, das er anrichtete. Nach dem Jahr 1949 unterdrückte er weiter die Menschenrechte und hielt zahllose politische Gefangene unter Verschluss. Dass Bürgermeister Hau Lung-bin, der KMT angehörig, durch seine kindische Umbenennungsreplik Chiangs Massenmorde quasi gleichsetzt mit der Veruntreuung von 345.000 Euro (so Präsident Chen sie sich denn tatsächlich hat zuschulden kommen lassen), lässt eine Maßstabsverzerrung erkennen, die geradezu erschütternd ist. (SCMP, 10.5.07; ST, 10., 23.5.07; NZZ, 15.5.07; WSJ, 19.5.07; TT, 30.5.07)

### **Taiwan scheitert erneut mit WHO-Antrag**

Zum elften Mal scheiterte Taiwan im Mai mit dem Versuch, bei der Weltgesundheitsorganisation WHO Anerkennung zu finden. Die Inselrepublik richtet ihren Antrag stets an die jährlich in Genf stattfindende Hauptversammlung WHA (World Health Assembly).

Dieses Mal gab es allerdings eine Besonderheit: Strebte Taiwan bislang einen Beobachterstatus bei der WHA an, für den Staatlichkeit nicht erforderlich ist, wurde nun erstmals eine Vollmitgliedschaft beantragt. Wie in den Jahren zuvor setzten sich mehrere der mit Taiwan verbündeten Staa-

ten in einer mehrstündigen Debatte für Taiwans Sache ein, drangen damit jedoch nicht durch.

Während an den sachlichen Gründen, die für einen wie auch immer gearteten offiziellen Status Taiwans im Rahmen der Weltgesundheitspflege und Weltseuchenbekämpfung sprechen, kaum Zweifel bestehen – vgl. hierzu C.a. 3/2004, Dok. 53 –, verwundert es doch, dass nun gleich der große Schritt versucht werden sollte, nachdem schon der kleine – der Antrag auf Beobachterstatus – regelmäßig scheiterte. Während Taiwan früher auch außerhalb des Kreises seiner Verbündeten wohlwollende Unterstützung fand – beispielsweise bei den Regierungen der USA und Japans sowie in europäischen Parlamenten –, konnte Taiwan mit solchen Sympathien nun nicht rechnen. Dagegen sprachen gleich zwei Gründe: Erstens ist die Vollmitgliedschaft nur Staaten möglich, und da die meisten Staaten Beijings Ein-China-Doktrin anerkennen, kann ihnen Taiwan offiziell nicht als Staat gelten; zweitens wollte Taiwan statt unter seinem offiziellen Staatsnamen „Republik China“ als „Taiwan“ aufgenommen werden; damit hätte aber eine Mehrheit der Staaten eine terminologische Änderung des Status quo im Verhältnis Taiwans zu China zugestimmt.

Als absehbare Folge des unnützen Antrags steht zu befürchten, dass sich Taiwan auf internationalem Parkett Sympathien verspielt, vor allem in Washington. Warum dann aber nach so vielen gescheiterten Versuchen nun einer, der noch deutlicher zum Scheitern verdammt war? Erklärbar ist das für Taiwan nachteilige Vorgehen nur vor dem Hintergrund der innenpolitischen Si-

tuation: Am Beginn seines letzten Amtsjahres wollte Präsident Chen Shui-bian auch noch einmal nach außen hin ein taiwan-nationalistisches Zeichen setzen. Wenn er schon die Bevölkerungsmehrheit nicht von seiner Politik überzeugen konnte – einer Politik, die weitgehend als gescheitert gelten muss –, möchte er wenigstens als ein Präsident in die Annalen und in die Herzen seiner Anhänger eingehen, der Taiwan nach innen und außen als eigenständige Nation vertreten und gefördert hat. Taiwan kann langfristig aber nur mit einer klugen und geduldigen Strategie gedient sein, die genau beachtet, was möglich ist und was nicht. Eine solche Strategie besitzt Chen Shui-bian nicht. Stattdessen strapaziert er die Geduld seiner ausländischen Freunde. Das blieb auch Taiwans Außenminister nicht verborgen: Vizeaußenminister Yang Tzu-pao (Yang Zibao) räumte einen diplomatischen Rückschlag ein, nachdem sich nur 17 der 25 Verbündeten Taiwans in Genf für Taiwans Antrag stark gemacht hatten. Yangs Äußerungen deuten darauf hin, dass sich Taiwan mit seinen Verbündeten auch nicht richtig abgesprochen hatte. Die hätten Taiwan, wenn man sie beizeiten gefragt hätte, von einem Antrag auf Vollmitgliedschaft wohl abgeraten.

Kritik kam sogar von der taiwannationalistisch orientierten Presse: Die *Taipei Times* berichtete eine Woche nach dem gescheiterten Antrag in einer Analyse, dass die Art der Antragstellung – volle Mitgliedschaft unter dem Namen „Taiwan“ – die Idee des Präsidenten gewesen sei. Der Antrag habe Verwirrung ausgelöst, und weder das Außenministerium noch das Gesundheitsministerium seien auf die Ände-



zung und deren Konsequenzen ausreichend vorbereitet gewesen. (SCMP, 13., 17.4.07; WSJ, 14.5.07; TT, 16., 21.5.07)

### Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten

Su Tseng-chang (Su Zhenchang) trat am 12. Mai überraschend von seinem Amt als Ministerpräsident zurück. Der Schritt erfolgte offenbar in Reaktion darauf, dass er im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur wenige Tage zuvor seinem Konkurrenten Frank Hsieh deutlich unterlegen war (vgl. separate Dokumentation in diesem Heft). Er selbst erklärte, er wolle dem Präsidenten die von ihm für sein letztes Amtsjahr benötigte strategische Handlungsfreiheit zurückgeben. Mit anderen Worten: Als unterlegener, von den Parteigenossen mithin als nicht ausreichend „präsidabel“ erachteter Kandidat hielt er sich selbst für eine Belastung. Ob er mit dieser Begründung verletzten Stolz kaschieren wollte, sei dahingestellt. Su galt zwar als Wunschnachfolger von Präsident Chen Shui-bian, doch hatte Chen vermieden, sich dezidiert für oder gegen einen der vier Bewerber auszusprechen. Denkbar ist, dass Su von Chen mehr Unterstützung im innerparteilichen Wahlkampf erwartet hatte. Su hatte sein Amt erst im Januar 2006 angetreten und in den 16 Monaten seither eine eigenständige, pragmatisch orientierte Politik verfolgt, die zu der des Präsidenten zuweilen im Widerspruch stand. Mangelnde Rückendeckung seitens des Präsidenten mag zu Sus Entscheidung beigetragen haben.

Zu dessen Nachfolger bestimmte Chen Shui-bian Chang Chun-hsiung (Zhang Jun-xiong), bis dato Leiter der halboffiziellen

Straits Exchange Foundation (Haixia Jiaoliu Jijinhui, SEF). Chang war unter Chen bereits einmal Ministerpräsident gewesen, und zwar von Oktober 2000 bis Januar 2002. Unter seiner Ägide hatte die Regierung beschlossen, den Bau des vierten Atomkraftwerks einzustellen, woraufhin es zu einem monatelangen Tauziehen zwischen Regierung und Oppositionsmehrheit im Parlament kam, an dessen Ende Chang Chun-hsiung klein beigeben musste. Sein starkköpfiges Vorgehen vergrößerte damals die ohnehin bestehende Kluft zwischen den großen Parteien und verschärfte so jene Blockadepolitik, unter der Taiwan bis heute leidet.

Nach dem enormen Verschleiß an Ministerpräsidenten, den sich Chen Shui-bian seit seinem Amtsantritt im Mai 2000 leistete – Su war bereits der fünfte in nur sieben Jahren –, wundert es nicht, dass er nun zu Chang, einem altvertrauten Kampfgefährten, zurückkehrt. Chen fehlen personelle Alternativen ebenso wie der Mut, es mit einem Mann oder einer Frau aus der nächstjüngeren Politikergeneration zu versuchen. Chang, Jahrgang 1938, wird 70 Jahre alt sein, wenn er bis zum Ende von Chen Shui-bians Amtszeit durchhält. Eine wesentlich neue Politik ist von ihm nicht zu erwarten; chinapolitisch wird er sich eher wieder der Linie des Präsidenten annähern.

Dass Chang Wert auf Kontinuität legt, zeigte sich beim nachfolgenden Kabinettsrevirement. Traditionsgemäß trat das gesamte Kabinett zunächst zurück. In Changs neuem Kabinett blieben die meisten wichtigen Ressorts jedoch unter der Leitung der bisherigen Amtsträger. Der wichtigste neue Kopf in der Riege ist Lee Tien-yu (Li Tian-

yu), der Lee Jye (Li Jie) auf dem Posten des Verteidigungsministers ablöst. Lee Tien-yu, Jahrgang 1946, ist Luftwaffengeneral. Er stammt zwar vom Festland und sollte insofern eher der KMT nahestehen, gilt aber als Vertrauter des Präsidenten, dem er bislang als militärischer Berater diente.

Auch auf dem Posten des Stellvertretenden Ministerpräsidenten gab es einen Wechsel: die Chinaspezialistin Tsai Ing-wen wird abgelöst durch Chiou I-jen (Qiu Yiren), bisher Generalsekretär des Präsidentenamts. Damit wird die Regierung stärker als bisher von besonders engen Gefolgsleuten des Präsidenten beherrscht. Dies könnte auf eine weitere Verschärfung der Konfrontation mit der Opposition hinauslaufen, auch wenn der neue Premier eine Verständigung mit dem „blauen“ Lager ausdrücklich zu einem seiner politischen Ziele erklärte.

Ebenfalls neu besetzt wurde die Leitung der Regierungspressestelle (Government Information Office), und zwar mit dem an der Ruhr-Universität Bochum promovierten Germanisten Shieh Jhy-wei (Xie Zhiwei), bisher Taiwans inoffizieller Vertreter in Berlin. (SCMP, 13., 14., 19., 22.5.07; TT, 13., 18.-20.5.07; ST, 13., 14., 15.5.07; WSJ, 16., 18.5.07)

## **Gerichtsverfahren gegen Ma Ying-jeou eröffnet**

Der wegen Veruntreuung von Staatsgeldern angeklagte ehemalige Oppositionsführer Ma Ying-jeou, Präsidentschaftskandidat der KMT, steht seit dem 3. April vor Gericht. Ma war wegen des Verfahrens zuvor vom Amt des KMT-Vorsitzenden zurückgetreten (vgl. C.a., 2/2007, S.156-158). Es geht dabei um 11 Mio. TWD (ca. 248.000

Euro), die ihm in seiner Amtszeit als Bürgermeister von Taipeh zufließen. Ma beteuerte erneut seine Unschuld. Auf dem Spiel steht für ihn nicht nur seine Freiheit – im Falle eines Schuldspruchs drohen sieben Jahre Haft –, sondern auch seine politische Karriere, die er nächstes Jahr mit der Wahl zum Staatspräsidenten zu krönen hofft.

Ma kann einige gewichtige Indizien zu seiner Verteidigung anführen. Zum einen ist der Umgang mit den Spesenfonds, die auch Tausende anderer Amtsträger erhalten, bislang nur grob geregelt, zum zweiten verfahren die meisten Amtsträger (bis hin zu Staatsanwälten) mit den Spesengeldern so wie er, und zum dritten hat Ma die monatlichen Zuwendungen in seinen Steuererklärungen offen als Einnahmen ausgewiesen und versteuert. Ma und die KMT sind schon wegen der Anklageerhebung empört, besonders nachdem die Staatsanwaltschaft im südtaiwanischen Tainan in einem gleich gelagerten Fall der Auffassung war, die Spesemittel seien als Einkommensaufbesserung zu werten, und entsprechend darauf verzichtete, den dortigen Bürgermeister vor Gericht zu bringen.

Anfang Mai konnte Ma bereits einen gewissen Erfolg verbuchen, der die Hoffnung auf einen Freispruch nährt: Am dritten Verhandlungstag ließ das Gericht eine Erklärung des Justizministeriums als Beweismittel zu. Dies hatte im November 2006 seine Auffassung mitgeteilt, wonach die Spesenfonds als Teil des persönlichen Einkommens anzusehen seien. Pikant daran ist, dass diese Erklärung zu Mas Gunsten vom politischen Gegner, dem der DPP angehörenden Justizminister Morley Shih (Shi Maolin) kam – sehr zum Ärger einiger



DPP-Abgeordneter. (SCMP, 3., 4.4., 9.5.07; ST, 4.4.07; TT, 9.5.07)

## Exportaufträge erreichen neuen Rekord

Die gute Weltkonjunktur erfreut auch die taiwanischen Exporteure. Wie das Wirtschaftsministerium in Taipeh im April bekannt gab, führte vor allem die starke Nachfrage aus China und Europa nach Notebook-Computern, Verbraucherelektronik und Metallen bei den Auftragsengängen im März zu einem Plus von 12,4% gegenüber dem Vorjahr und damit zu einem neuen Rekord. Der Zuwachs lag deutlich über den Prognosen von 8,5% sowie über dem Plus von 8,2%, das im Februar verzeichnet worden war. Während es die Aufträge aus den Vereinigten Staaten und aus Japan an Dynamik vermissen ließen, sprangen diejenigen aus China (inklusive Hongkong) um 21%, diejenigen aus Europa sogar um 24,1% in die Höhe (jeweils gegenüber März 2006). Zu der Entwicklung trug ein relativ schwacher Taiwan-Dollar bei, der taiwanische Produkte auf dem Weltmarkt verbilligte. So sank der Wert eines Taiwan-Dollar von Ende März 2006 bis Ende März 2007 von 0,0255 auf 0,0227 Euro, ein Minus von gut 12%.

Die Produktion hielt mit dem Nachfrageanstieg jedoch nicht mit und erhöhte sich im März gegenüber dem Vorjahresmonat nur um 0,12%. Hauptwachstumsmotor war freilich der Informations- und Elektroniksektor, der einen Produktionswertzuwachs von 4,44% verzeichnen konnte. Taiwans Wirtschaft wuchs im ersten Quartal um 5,0% und damit deutlich kräftiger als jene 4,0%, die die Regierung erwartet hatte.

Experten rechnen daher für die zweite Jahreshälfte damit, dass die Zentralbank eine restriktivere Zinspolitik verfolgen wird.

Trotz aller Dynamik und aus europäischer Sicht guter Zahlen fällt Taiwan gegenüber Konkurrenten und Handelspartnern aus der Region leicht zurück. Singapur, Hongkong und Südkorea schnitten in letzter Zeit besser ab. Hatte Südkoreas Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 noch um 23% unter demjenigen Taiwans gelegen, übertrifft es Taiwans seit 2005. Der Reformstau aufgrund der Blockaden im Parlament sowie das Fehlen direkter Beziehungen mit China gelten als zwei wichtige Faktoren, die einer stärkeren wirtschaftlichen Dynamik Taiwans entgegenwirken. (ST, 9.4.07; WSJ, 24.4.07)

## Große Ambitionen im Ausbau von Windkraft

Wie Wirtschaftsminister Steve Chen (Chen Ruilong) bekannt gab, will Taiwan die Windenergie in Zukunft stärker nutzen und die dazu notwendigen Anlagen auch selbst entwickeln und herstellen.

Bislang wird Windenergie noch wenig genutzt. Verteilt auf 13 Parks sind lediglich 103 Anlagen im Betrieb, durch die etwa 105.000 Haushalte mit Strom versorgt werden können. Der erste Windpark wurde seit dem Jahr 2000 von einer deutschen Firma errichtet. Neue Projekte sollen verstärkt vor der Küste realisiert werden, wo eine höhere Auslastung als an Land möglich ist; daneben wird aber auch der Ausbau an konventionellen Standorten weitergehen. Die installierte Leistung soll auf diese Weise von derzeit 160 MW bis zum Jahr 2010 auf etwa 2.150 MW wachsen, was

eine Verdreizehnfachung bedeuten würde. Der Offshore-Anteil läge dann bei etwa 17% und der Anteil des Stroms aus Windkraftanlagen an der gesamten Stromlieferung bei 10%. Derzeit in der Bau- oder Planungsphase sind Anlagen von 400 bis 500 MW Gesamtleistung.

Angesichts der Tatsache, dass sich die Regierung schon seit sieben Jahren den Aufbau eines „grünen Taiwan“ und den Ausstieg aus der Kernenergie zum Ziel gesetzt hat, kommen die ehrgeizigen neuen Windenergiepläne erstaunlich spät. Gleiches gilt für den gesetzlichen Rahmen, der zur Entwicklungsförderung erneuerbarer Energien dient. Taiwan nimmt hier das entsprechende deutsche Gesetz zum Vorbild, hat aber das eigene Gesetz noch nicht verabschiedet.

Realisierbar sind die Ausbaupläne bei der Windkraft zudem nur durch den Import von Anlagen bzw. Anlagenteilen, da der Aufbau einer eigenen taiwanischen Windkraftindustrie nicht von heute auf morgen möglich ist. Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass Taiwan auf allen Teilgebieten das nötige industrielle Potenzial besitzt. Bereits heute werden Komponenten von Windenergieanlagen in Taiwan hergestellt und auch exportiert. (CNAT, nach BBC EF, 22.4.07, NFA, 25.5.07)

### **USA warnen vor neuer Abschreckungsstrategie**

Im April bestätigte Taiwans Verteidigungsministerium offiziell, dass es zur Abschreckung gegen China Langstreckenraketen aufstellen und im Verteidigungsfall gegen Ziele auf dem Festland einsetzen will.

Dass sich Taiwan nicht mehr länger auf

eine reine Defensivstrategie verlassen, sondern mehr auf Offensivwaffen zum Zweck der Abschreckung und der Vergeltung setzen möchte, ist seit einigen Jahren bekannt. (Vgl. C.a., 9/2004, Ü33; 3/2005, Dok. 52) Zu dem Zweck wurde ein eigenes Raketenentwicklungsprogramm aufgelegt. Als im April nun ein Angriff der VR-chinesischen Streitkräfte auf Taiwan simuliert wurde, spielten die neuen Boden-Boden-Raketen, gegen Militärstützpunkte des Gegners eingesetzt, erstmals eine praktische Rolle – jedenfalls virtuell auf den Rechnern. In Stellung gebracht wurden sie bislang nicht, und auch ihre Serienproduktion steht offenbar erst noch bevor.

Gleichwohl reagierte Taiwans heimliche Schutzmacht, die USA, mit einer Warnung: Offensivwaffen stützten nicht die Sicherheit, sondern gefährdeten sie. Nach Aussagen eines Beraters von Präsident George W. Bush befindet sich Washington mit Taiwan wegen der Raketen in einem Dialog – offenbar mit dem Ziel, Taiwan von deren Entwicklung und Produktion abzubringen.

Während ein taiwanischer Sicherheitsexperte den Raketenplan lobte, da er Taiwans Verhandlungsposition stärke und für die Gegenseite das Angriffsrisiko erhöhe, befürchtet Washington aufgrund seiner anderen Interessenlage mehr Schaden als Nutzen, vor allem da sich die Spannungen an der Taiwan-Straße weiter erhöhen würden.

In der Tat müsste die VR China die Waffen, da sie ihr Territorium bedrohen, als zusätzlichen Kriegsgrund werten und könnte versucht sein zu verhindern, dass sie in Stellung gebracht werden; im Ernstfall könnten die Raketen auf dem Festland andererseits nirgends genug Schaden an-



richten, um Taiwans Streitkräfte bei der Landesverteidigung entscheidend zu entlasten. Zudem hat die VR China einen kaum einholbaren Vorsprung: Von dort richten sich unterdessen fast 1.000 Raketen auf Taiwan.

Der Hauptschaden der neuen Abschreckungsstrategie, wenn sie denn umgesetzt werden sollte, wäre aber wohl politischer Natur. In Washington sieht man die Alleingänge von Präsident Chen Shui-bian, die auf eine schleichende Änderung des Status quo hinauslaufen, seit langem mit großer Sorge. Im April warnte Außenministerin Rice Taiwan erneut explizit zur Zurückhaltung. Sollte sich Taiwan nun die Möglichkeit verschaffen, chinesische Zentren wie Shanghai zu beschießen, dürfte dies die Bereitschaft Washingtons, Taiwan im Ernstfall zu Hilfe zu eilen, kaum fördern. (ST, 13.4., 4.5.07; SCMP, 25.4., 4., 10.5.07)

### **Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet**

Taiwan verabschiedete Anfang Mai eine Gesetzesergänzung, die es Arbeitgebern verbietet, Stellenbewerber wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Alters zu diskriminieren. Im Falle des Zuwiderhandels drohen Strafen zwischen umgerechnet 6.600 und 33.000 Euro.

Die Regierung erhofft sich dadurch vor allem bessere Einstellungschancen für ältere Arbeitnehmer und Erwerbslose. Zudem wolle sie, wie ein Parlamentsabgeordneter der Regierungspartei DPP betonte, mit dem Gesetz die Gleichstellung Homosexueller fördern.

Wie in den letzten Jahren schon zahlreiche andere Gesetzesvorhaben bezeugt das

Antidiskriminierungsgesetz erneut, dass Taiwan den gesellschaftlichen Wertewandel in anderen Staaten aufmerksam verfolgt. Neben den USA wird besonders Europa bei der Gesetzgebung immer wieder als Modernisierungsmaßstab herangezogen. (TT, 5.5.07)

### **Blockadepolitik im Parlament bedroht das Wirtschaftswachstum**

Normalerweise wird Taiwans Staatshaushalt im November des Vorjahres im Parlament debattiert und verabschiedet. Für das Jahr 2007 war dies aber bis Anfang Juni noch nicht geschehen. Die Regierung kann nun laut Gesetz zwar laufende Ausgaben weiter laufen lassen, aber keine Neuinvestitionen tätigen.

Der Grund für die Verzögerung liegt darin, dass die Opposition mit ihrer Mehrheit im Parlament die Staatsfinanzen quasi als Geisel genommen hat, um eine ihr genehme Neuregelung beim Zustandekommen der Zentralen Wahlkommission (Zhongyang Xuanju Weiyuanhui) durchzusetzen. Deren Mitglieder wurden bislang von der Regierung eingesetzt, wobei die Mitglieder einer Partei nicht mehr als ein Fünftel der Kommissionsmitglieder ausmachen durften. Die Opposition möchte die Kommissionsmitglieder stattdessen nach Parteienproporz wählen lassen – mit der Folge, dass das „blaue“ Lager mit seiner Mehrheit in der Wahlkommission dominieren und in Ermessensfragen Entscheidungen nach eigenem Gutdünken herbeiführen könnte. Vor allem betrifft dies die Rolle der Kommission bei Volksabstimmungen. Ganz konkret geht es um ein von der

Regierung geplantes Plebiszit: Sie möchte Taiwans Wähler über die Frage entscheiden lassen, ob die Kuomintang das in Jahrzehnten ihres Machtmonopols unrechtmäßig angeeignete Vermögen zurückgeben muss. Um ein solches Volksvotum zu erreichen, strebt das „grüne“ Regierungslager an, ein Referendum gemeinsam mit der nächsten Präsidentschaftswahl durchzuführen. Eben dies will die Opposition verhindern, koste es was es wolle, und sei es die finanzielle Handlungsfähigkeit der Nation. Die daraus resultierenden, erbitterten Auseinandersetzungen in der Volksvertretung führten unterdessen mehrfach zu Handgreiflichkeiten unter den traditionell wenig zimperlichen Abgeordneten. Mehrere von ihnen erlitten Verletzungen.

Im Mai nun erarbeitete der stets auf Ausgleich bedachte Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping, KMT) einen Kompromissvorschlag, der Aussicht hat, die Blockade zu lösen. Demnach würde keine Partei eine Mehrheit der Kommissionssitze erhalten, vielmehr wären fünf Mitglieder vom Präsidenten des Legislativ-Yuan und vom Ministerpräsidenten gemeinsam zu nominieren. Die Meinungsbildung innerhalb der Fraktionen zog sich allerdings noch bis Anfang Juni ergebnislos hin. Unterdessen droht das nahe Ende der Sitzungsperiode des Parlaments und damit eine weitere Verzögerung.

Ministerpräsident Chang Chun-hsiung wies Ende Mai darauf hin, dass sich die Haushaltsblockade bei staatlich finanzierten Projekten auf das Wirtschaftswachstum auswirken werde. Sollte der Haushalt bis Ende Juni weiterhin nicht verabschiedet werden, würde das Plus um 0,25 bis 0,3

Prozentpunkte geringer ausfallen als erwartet, bei einer Blockade bis Jahresende wäre mit einem bis zu 0,6 Prozentpunkte geringeren Wachstum zu rechnen.

Die Parteien geben sich gegenseitig die Schuld an der Situation. Für einen Außenstehenden ist jedoch offensichtlich, dass die KMT die alleinige Verantwortung dafür trägt. Schließlich gibt es zwischen dem Staatshaushalt und der Zusammensetzung der Wahlkommissionen keinerlei sachlichen Zusammenhang; zudem ist das Motiv der KMT nur zu durchsichtig: Sie möchte nicht an ihre dunkle Vergangenheit erinnert und schon gar dazu gezwungen werden, deswegen Entschädigungen zu leisten. (TT, 5., 8., 9., 16., 26., 30.5.07; SCMP, 9., 30.5.07)